

Evelyn Zell
Fraktionsassistentin

Telefon: 0611 31-2884
Fax: 0611 31-5917
Email: bernd.fachinger@wiesbaden.de

Freitag, 16. September 2020

PRESSEMITTEILUNG

LINKE&PIRATEN lehnen "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld" ab

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden kündigt an, bei der Abstimmung zur "Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld", mit der die Grundlage für Enteignungen geschaffen werden soll, morgen in der Stadtverordnetenversammlung geschlossen mit "Nein" zu stimmen.

Ausschlaggebend dafür sind eine ganze Reihe gewichtiger Gründe. Die wichtigsten: So sollen das Mischgebiet mit Gewerbe und bis zu 4.750 Wohnungen sowie ein weiteres Gewerbegebiet auf gegenwärtig landwirtschaftlich genutzten, naturnahen Flächen entstehen, die für die Zufuhr und Entstehung von nächtlicher Kaltluft für die rechts und links am Rhein liegenden Stadtteile hoch bedeutsam sind. "Vor über 20 Jahren wurden die Planungen für ein viel kleineres Gewerbegebiet in diesem Bereich wegen der schon vorhandenen Verkehrsbelastung und der Klimaschädlichkeit aufgegeben. Dass heute angesichts des Klimawandels und der zu erwartenden Zunahme tropisch heißer Sommernächte so etwas geplant wird, ist eine Missachtung der Gesundheit und Lebensqualität insbesondere der Menschen, die in den künftig noch heißeren Sommertagen nicht einfach ihren Wohnsitz wechseln können. Insbesondere für die Stadtteile Erbenheim und Mainz-Kastel, auf deren Gemarkung die Bebauung stattfinden soll, wird die Verkehrsbelastung jetzt schon immer unerträglicher" erklärt der Fraktionsvorsitzende Hartmut Bohrer.

Durch die geplante Ansiedlung von 9.000 und mehr Arbeitsplätzen in diesem Bereich bedeuten die geplanten Wohnungen auch keine wirkliche Entlastung des Wohnungsmarktes. Sie decken nämlich noch nicht einmal den zusätzlichen Bedarf, den die Gewerbeplanungen an dieser Stelle erzeugen. "Und Sozialwohnungen können wir an anderen Stellen kostengünstiger und umweltverträglicher schaffen! So auch in Mainz-Kastel, wo die Stadt Zugriff auf ehemals gewerblich oder militärisch genutzte Liegenschaften hat", wendet sich Bohrer gegen ein beliebtes "Totschlagargument" der Planer.